

Haushartsrede zum Haushalt 2026

Gemeinderatssitzung am 5. Dezember 2025

- es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

diese Haushartsberatungen haben uns allen Einiges abverlangt. Ich danke daher vorab allen Ratsmitgliedern für die konstruktiven Beratungen in diesem Jahr.

Ich habe in diesen Haushartsberatungen eine Veränderung in der Rhetorik wahrgenommen. Im vergangenen Jahr wurde betont, dass wir kein Einnahme-, sondern ein Ausgabeproblem haben. Nun ist in den Ausschussberatungen aber erstaunlicherweise mehrfach davon gesprochen, dass wir ein Einnahmeproblem hätten. Mit dieser veränderten Problembeschreibung ist es nur konsequent, an der Einnahmeseite unseres Haushaltes zu drehen, namentlich durch Steuererhöhungen.

Ich werfe der Verwaltung nicht vor, dass sie für den Haushalt 2026 eine Erhöhung der Gewerbesteuer vorgeschlagen hat. Überhaupt möchte ich betonen, dass dieser Haushalt in seiner Einbringungsfassung handwerklich nicht zu beanstanden war. Die Verwaltung hat schließlich die Aufgabe, den Willen der Politik umzusetzen. Deshalb möchte ich schon an dieser Stelle meinen Dank an die Verwaltung und hier insbesondere an die Kämmerei zum Ausdruck bringen.

Aber wenn die Mehrheit dieses Rates der Meinung ist, wir sollten im kommenden Jahr die Gewerbesteuer um 30 Hebesatzpunkte erhöhen, dann möchte und dann muss ich in Erinnerung rufen:

Unsere Fraktion hat erst im vergangenen Jahr den Beschluss eines Gewerbesteuermoratoriums hier in den Rat eingebracht.

Und in Reaktion darauf hieß es aus den Reihen der anderen Parteien, dass eine Erhöhung ja überhaupt nicht auf der Tagesordnung stünde. Namentlich auf den Social-Media-Seiten der SPD Bovenden war zu lesen, allein der Gedanke an eine Gewerbesteuererhöhung sei „absurd und ohne sachliche Begründung“. Und weiter: „SPD und CDU sind klar gegen eine erneute Erhöhung“.

Wie lange dieses Lippenbekenntnis gehalten hat, das sehen wir heute.

Die Erhöhung der Gewerbesteuer kommt zur völlig falschen Zeit: In einer Phase wirtschaftlicher Stagnation wäre es gerade die Aufgabe der Politik, Unternehmerinnen und Unternehmer zu stärken. Sie schaffen Arbeitsplätze und bilden durch ihre Steuerzahlungen die Grundlage aller öffentlichen Haushalte.

Dass die aktuelle Bundesregierung dies nicht erkannt hat, zeigen die jüngsten Äußerungen der Bundesarbeitsministerin eindrucksvoll. Umso verheerender ist es, wenn auch weitere politische Ebenen die Auffassung vertreten, dass man fehlendes Geld einfach bei den Unternehmen holen könne, sobald es knapp wird.

Ich halte insoweit auch das Argument nicht für stichhaltig, dass wir die Gewerbesteuer ja so lange nicht erhöht hätten und das deshalb jetzt guten Gewissens tun könnten.

In den letzten Jahren wurden bereits die Grundsteuer und die Vergnügungssteuer erhöht. In diesem Jahr haben SPD, CDU und FWG zusätzlich noch die Idee einer neuen Zweitwohnungssteuer auf die Tagesordnung gebracht, die mit Sicherheit jede Menge zusätzlich Bürokratie und finanzielle Belastungen für ohnehin schon belastete Bevölkerungsgruppen bringen würde, aber sicher keine signifikanten Mehreinnahmen für unseren Haushalt. Mit Blick auf die letzte Finanzausschusssitzung möchte ich sagen: Danke an die Verwaltung für die klaren Argumente gegen diese Steuer.

Unser Kämmerer hat bei Einbringung des Haushaltes völlig zurecht gesagt, dass bei Ablehnung von Steuererhöhungen auch Einsparvorschläge seitens der Politik gemacht werden müssten. Das haben wir getan – und das ist mit Sicherheit keinem Ratsmitglied leichtgefallen. Namentlich für unsere Fraktion kann ich das in Bezug auf den Sporthallenneubau in Bovenden sagen, von dem wir vorgeschlagen haben, ihn angesichts der gegenwärtigen Haushaltslage auf Eis zu legen. Ein anderer Vorschlag, nämlich die Einsparung der Stelle des Platzwartes auf dem Wohnmobilstellplatz, ist mir ehrlich gesagt nicht schwergefallen. Schon bei der Einführung dieser Stelle waren diese Ausgaben fragwürdig, weshalb wir sie als damalige FWG/FDP-Gruppe abgelehnt haben. Angesichts unserer Haushaltsentwicklung in den letzten Jahren gilt das heute umso mehr.

Nun ist im Finanzausschuss darauf hingewiesen worden, dass die Einsparvorschläge ja nur den Finanzhaushalt, also unsere Investitionen, und nicht den Ergebnishaushalt betroffen hätten.

Und ja: Kurzfristige Einsparungen im Ergebnishaushalt sind schwer zu finden – das gilt aber für alle Fraktionen.

Wir können ja nicht mal eben die Personalaufwendungen durchgehen und mit dem Rotstift die Hälfte der Gehälter wegstreichen. Auch wenn man ehrlicherweise sagen muss: In der Privatwirtschaft würden auch die Personalkosten bei so einer finanziellen Lage deutlich kritischer in den Blick genommen werden, als das in der öffentlichen Verwaltung der Fall ist. Das sollte uns zumindest einmal zum Nachdenken anregen.

Was wir darüber hinaus aber in jedem Fall in den Blick nehmen können und müssen, das ist ein anderer erheblicher Kostenfaktor im Ergebnishaushalt, der natürlich auch unmittelbar mit unseren Investitionen zu tun hat:

Im kommenden Jahr zahlen wir erstmals über eine Million Euro Zinsen – Geld, das nicht in unsere Feuerwehren, Grundschulen, Kindertagesstätten oder Sportstätten, sondern an Banken fließt. Wo wollen wir eigentlich diese in Zukunft noch steigende Summe einsparen? Es ist nicht das erste Mal, dass ich dies hier in meiner Haushaltsrede frage, und ich fürchte, dass es auch nicht das letzte Mal gewesen sein wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gehe davon aus, dass dies der auf absehbare Zeit letzte Haushalt ist, der ohne ein Haushaltssicherungskonzept auskommen wird. Die Zahlen hätten in früheren Zeiten schon jetzt ein solches Konzept unabdingbar gemacht, wenn das Niedersächsische Innenministerium im letzten Jahr nicht einen Blankoscheck für sämtliche Fehlbeläge der Jahre 2022 bis 2025 ausgestellt hätte. Unpopuläre Einsparungen, die wir heute vertagen, werden uns künftig noch teurer zu stehen kommen.

Wir können als Kommunalpolitiker nichts für die gegenwärtige gesamtwirtschaftliche Lage, auch wenn die Mehrheit dieses Rates durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer noch ihren Teil dazu beitragen wird, diese Krise weiter zu verschlimmern.

Was die Bürgerinnen und Bürger in dieser Situation am wenigsten gebrauchen können, ist der falsche Eindruck, wir könnten weitermachen wie bisher. Das aber tut dieser Haushalt, dem unsere Fraktion daher keine Zustimmung erteilen kann.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Jan Risting

Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion im Gemeinderat Bovenden